

Gegen vier Professoren der Frankfurter Universität wurden Disziplinarverfahren eingeleitet, weil sie nicht die Kriminalisierung der studentischen Arbeitskreise mitmachen wollten, gegen sechs Studenten ebenfalls, weil sie aktiv an Vorlesungen teilgenommen haben, gegen zahlreiche wird ermittelt, gegen 30 Justizreferendare sind Straf- und Disziplinarverfahren eröffnet worden, weil sie sich gegen die Oskes, Pietschs und Uchmänner als Ausbilder gewandt haben, viele Schüler Frankfurter Schulen sind von Rausschmiß bedroht, weil sie die irrationalen Prüfungsmechanismen bekämpfen, Lehrlinge erhalten in Lehrlingsheimen Ausgangssperre und Taschengeldentzug, weil sie sich ihre Haare nicht auf Streichholzlänge kürzen lassen, Kriegsdienstpflichtige erhalten bei den geringsten Anlässen Arreststrafen, Arbeiter werden bei effektiver politischer Betätigung aus den Betrieben entlassen - alles Beispiele einer selben Sache.

Beispiele derselben Sache, sofern es sich um den gleichen Disziplinierungsmechanismus handelt, durch den politisches "Fehlverhalten" unter scheinbar wertneutralen Normen subsumiert wird und dadurch im Sinne der Herrschenden an Hand der jeweiligen Interessen autoritär entschieden wird.

Kampfmassnahmen oder ein Streik wegen der eingeleiteten Disziplinarverfahren gegen die vier Professoren würde die Strategie des Staates verkennen, der notwendigerweise darauf angewiesen ist, politisch ausnutzbare Freiheitsräume in allen Bereichen der Gesellschaft bis auf den Funktionalitätsrahmen kapitalistischer Produktion einzuschränken. Ein Kampf gegen Disziplinarverfahren gegen Professoren bedeutet ebenso ein Kampf zur Verteidigung von feudalen Privilegien, wie ein isolierter Kampf der Studenten gegen das Ordnungsrecht.

Da das Ordnungsrecht nur als Teil der Disziplinierungsmaßnahmen der Herrschenden gegen politisch relevante Gruppen zu sehen ist, kann der Kampf der Studentenschaft auch nur gegen die Unterdrückungsinstitutionen in ihrer Gesamtheit geführt werden.

Da die Inhalte dieser Unterdrückungsmechanismen primär von den Rechtswissenschaften bestimmt werden, sind die Juristen zu einer Konfrontation mit den Auswirkungen dieser permanenten Unterdrückung legitimiert und verpflichtet.

Ein aktiver Streik mit diesen politischen Inhalten kann nicht durch Akklamation auf einer Vollversammlung produziert, sondern allein durch permanente Vorlesungssprengungen faktisch herbeigeführt werden, die allein den Ansatzpunkt der konkreten Widerstandspraxis, nämlich den bestehenden Studienbetrieb, problematisieren können.

Deshalb werden wir die Ordinarien, die den Kampf der Studenten um die Umorganisation der Hochschule und die Verbindung mit außeruniversitären Praxisbereichen permanent verhindern, zur Verantwortung ziehen.

**DESHALB: morgen, DIENSTAG AM Hörsaal II
GROSSE ÖFFENTLICHE GERICHTSVERHANDLUNG:**

Verfolgung + Ermordung der Klassenjustiz und
Klassengesellschaft und ihres Wechselgalgs, der
Klassenuniversität durch die befreiten Studenten

kommt massenschaft und argumentiert mit
dem SANFTEN GEWALT von Frischgemüse
se und rohen Eiern

HEUTE 14^h Gerichtsprozess & Raum 104
Corcoran-Aussprochungsprozess gegen Gen. Banning
HEUTE 14^h Studententuchens Raum 105
JURA BASISGRUPPE, FACHSCHAFT + KAMPFGUPPE